

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 4. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ende des englischen Kohlenstreiks.

Trotz einer knappen Mehrheit gegen das Abkommen. London, 3. November. (Reuter.) Die Abstimmung der Bergarbeiter hat eine Mehrheit von 8459 Stimmen gegen die Annahme des getroffenen Abkommens ergeben.

Der belgische Bergarbeiterstreik.

Paris, 3. November. (B.Z.) Nach einer Meldung der „Gummité“ aus Brüssel beträgt die Zahl der Streikenden im Becken von Charleroi 44 000. Die Bewegung habe sich auch bereits auf die Gegend um Valenciennes und auf einen Teil des Beckens des Zentrums ausgedehnt.

Frankreich exportiert deutsche Kohle!

Dass, 2. November (B.Z.) „Der Vaterland“ bringt Mitteilungen über den Verkauf deutscher Bittergutmachungskohle durch Frankreich, das gar nicht wisse, wohin es mit der Kohle solle, und sagt, aus dieser ganzen Sachlage ergebe sich, wie ungezweigt die Deutschland in Spa auferlegte Kohlenlieferung sei.

Die Last der Besatzung.

Im Verlauf der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags teilte Staatssekretär Waller über die sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Leistungen mit, daß die Kaserne in Ludwigsbasen nicht 8 Millionen, wie im Haushalt veranschlagt sei, sondern 42 Millionen Mark koste.

Nach weiterer Aussprache wurde von den Reichsanwälten beantragt, die Regierung zu ersuchen, mit unächster Beschleunigung eine Denkschrift vorzulegen über die bisher vom Reich für die Kosten des Hohen Ausschusses und die Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen im Rheinland verausgabten Beträge.

Gehheimrat Klammer (Reichsfinanzministerium) erläutert die Erhöhung der in Kap. 5 ausgeworfenen 20 Millionen Mark. Der Antrag wird eine Erhöhung auf 40 Millionen Mark. Bis Ende September sind ausgegeben von der Reichsverwaltung Koblenz 5 741 242 M. Für die belgische Abteilung der Rheinlandkommission 5 812 768 M. Für das zweite Halbjahr 1920 entfallen bei der Reichsverwaltung Koblenz 5 750 000, für die belgische Abteilung etwa 2 500 000 M. Kosten.

als 3, nicht 15 Milliarden Papiermark! Reichsfinanzminister v. Kaunert erwidert, daß diese Vergrößerung erst für die Zeit nach vollendeter Abrüstung gelte. — Ein Antrag B. u. L. (B.) fordert Verminderung der feindlichen Delegationen im Rheinland. — Staatssekretär Dr. Lewald berichtet über seine Verhandlungen über die Höhe der Besatzungstruppen: Deutschland hatte in dem Gebiet 70 000 Mann gehalten.

Der deutsche nationale Antrag auf Vorlage einer Denkschrift über die bisher vom Reich für die Kosten des Hohen Ausschusses und die Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen im Rheinland verausgabten Beträge wird einstimmig angenommen. Die Regierung will dem Antrag möglichst bald entsprechen.

Was Wilhelm kostet!

Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat am Mittwoch wieder einmal acht Stunden über den Vergleich zwischen dem ehemals regierenden Hause Hohenzollern und dem Staate Preußen verhandelt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Landesversammlung die Vorlage noch beschließen wird; die entschiedene Opposition, die ihr in engstem Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Unabhängigen gemacht wird —

unbeschadet gewisser Uebereinigungen, die ebenso gleichmäßig der unabhängige Minister Dr. Rosenfeld und der sozialdemokratische Minister Dr. Südelum begangen haben — wird es schwierig gestaltet, dieses Abfindungsgesetz durchzusetzen, obwohl das Justizministerium, politisch geleitet von dem Ministerialdirektor Dr. Kähler, sich die größte Mühe gibt. Immerhin bieten die Verhandlungen, auch wenn sie ohne unmittelbare politische Wirkung bleiben, mancherlei Interessantes.

Als Sachverständiger ist vom Justizministerium — leider unter Duldung der anderen Minister — der Königsberger Professor Fleischmann hinzugezogen worden, der geschichtlich und juristisch begründen soll, warum den Hohenzollern noch hundert Millionen von dem Staat aus dem Elend des Volkes herauskommen. Zu diesem Zweck erzählt der Herr Professor, die Hohenzollern seien keineswegs arm nach der Mark Brandenburg gekommen; sie seien schon im 12. und 13. Jahrhundert ausgezeichnete Geschäftsmänner gewesen und hätten den reinkapitalistischen Standpunkt damals ganz scharf herausgekehrt.

So ist es denn auch den Hohenzollern gelungen, zu erreichen, daß ihnen die Zinsen der riesigen Summen als Privatvermögen anrechnen lassen. Einstweilen hat man Wilhelm nach Holland 51 Millionen Mark und im Januar 1919 eine Million Gulden (das waren damals mindestens 15 Millionen Mark) geschickt; außerdem die Kabinette zur Ausstattung des Schlosses Doorn. Ebenso haben die Prinzen bis zum Juni 1919 ihre Ausgaben aus der Staatskasse bezogen, seitdem aus der Kronkassa, dem angeblichen Privateigentum der Hohenzollern; in letzter Zeit hat man ihnen die Ausgaben auf zwei Drittel der frühesten Höhe gekürzt.

Die Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, für Wilhelm alle beweglichen Gegenstände freizugeben, die von den Hohenzollern während der Regierungszeit Wilhelm II. angeschafft worden sind. Begründend bemerkt sie, es handle sich durchweg um „Gegenstände ohne besonderen Wert“, und als darüber Erstaunen berichte, erobere sich hütlich der Kunstschätzverständige und verächtliche einbringlich: „Sie können mir glauben, daß alle Einrichtungsgegenstände aus der wilhelminischen Ära ohne jeden Kunst- oder Kulturgeschichtlichen Wert sind.“

Der deutsch-holländische Grenzschmuggel. Im Hinblick auf den Schmuggelhandel an der deutschen Grenze hat der niederländische Finanzminister in einer Anzahl von Grenzgebieten auf einer 300 Meter breiten Straße den Warenverkehr verboten. (Es wäre schon längst die Pflicht der deutschen Regierung gewesen, angesichts der ungeheuren Zunahme dieses Schmuggelhandels und der dadurch mitbewirkten Verschlechterung unserer Valuta, eine ähnliche, womöglich noch schärfere Maßnahme zu ergreifen. Die Red.)

Amerikas Präsidentenwahl.

Wenn in Deutschland gewählt wird, konzentriert sich das politische Interesse auf die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Das neartige Merkmal amerikanischer Wahlen ist, daß die Zahl der sozialistischen Stimmen zunächst gar nicht gemeldet wird. Erst nach einer Reihe von Tagen werden wir erfahren, ob sich die Erwartungen unserer amerikanischen Freunde erfüllen, die mit der Wahl vom 2. November eine neue Stufe ihres unglücklich mühevollen Aufstiegs zu erreichen hofften.

Die Republikaner verdanken ihren libertarischen Sieg Wilson. Man hat Harding gewählt, um die Partei Wilsons, die demokratische, nicht zu wählen. Die Führer der Vereinigten Staaten wissen heute, daß sie im Weltkrieg nicht für amerikanische Interessen gekämpft haben und auch nicht für amerikanische Ideale, sondern als Soldaten einer europäischen Mächtegruppe, die nicht besser war als die andere. Als der Sieg gewonnen war, schickte man die amerikanischen Soldaten nach Hause, und die europäischen Diplomaten machten aus dem Sieg etwas, wofür den amerikanischen Soldaten zu kämpfen nicht im Traum eingefallen war.

Unter den Krieg zwischen Amerika und Deutschland ist noch immer nicht der völkerrechtliche Schlüsselpunkt geklärt. In welcher Form das endlich geklärt wird, dafür bietet auch der Sieg der republikanischen Partei keine Ringerzeige. An eine Ratifizierung des Vertrags von Versailles ist nicht zu denken, an einen Eintritt Amerikas in den Völkerbund höchstens dann, wenn er gründlich umgestaltet wird.

Die Frage ist nur, ob man sich von der europäischen Politik fernhalten kann, wenn man in das europäische Geschäft hineingezogen wird. Und das will man. Denn Harding ist als Kandidat der republikanischen Partei der Kandidat der wirtschaftlichen Expansion, und seine Regierung wird ihren Befähigungsnachweis erbringen müssen, indem sie das große Geschäft zur Blüte bringt. Das hat den Vorteil für uns, daß jede Unterscheidung zwischen den einstigen Verbündeten im Weltkrieg und den einstigen Gegnern ausgeschaltet wird, sie sind nicht mehr politische Feinde und Freunde, sondern nur noch Kunden.

Alle Berichte aus Amerika stimmen darin überein, daß es Deutschen jetzt schon drüben nicht mehr gibt. Man spricht auf den Straßen deutsch und liest deutsche Zeitungen, ohne im geringsten behelligt zu werden. Das deutsch-amerikanische Völkertum ist für Harding eingetreten. Vor uns liegt ein deutsch-amerikanischer Wahlausruf, in dem folgendes ausgeführt wird:

Wir alle wissen, wie wir in den letzten 8 Jahren unter der demokratischen Administration gedrangselt wurden und wollen Sie noch vier weitere Jahre dieses durchmachen? Denn sobald Sie erwählt wird, ist Wilson „Woh“.

Das hat Wilson nicht alles verbrochen und was hat er gehalten? „O. He kept us out of war“ („Er hielt uns dem Kriege fern“) und wie lange hat es gedauert, nachdem er erwählt wurde, da waren wir schon in einen Krieg verwickelt, und wie ist es uns ergangen? Alle unsere persönlichen Freiheiten sind uns genommen, und wollen Sie, daß Log erwählt wird und der bestehende „Humburg“ für die Völkertage fortgesetzt wird? Daß unsere Väter und Söhne bei jeder Gelegenheit, wenn sie die europäischen Völker in den Quaren liegen, hinübergeschickt werden und gegen Humanität kämpfen müssen? Ihr Frauen habt unter den Kriegskanonen doch am meisten zu leiden.

Deshalb kommt am 2. November für den Präsidentschaftskandidaten Harding.

Daß ein Kandidat, der in deutsch geschriebenen Flugblättern auf solche Weise empfohlen wurde, mit gewaltiger Stimmemeinheit gewählt werden konnte und daß das Wahlmandat der Demokraten, Harding sei „der Kandidat der Deutschen“, vollständig verjagt, ist gleichfalls ein Zeichen für den eingetretenen Bewusstseinswandel.

Deshalb wird die amerikanische Politik unter republikanischer Führung noch nicht „deutschfreundlich“ sein — wie es ja überhaupt lächerlich ist, alle Welt in gute und böse Menschen, „Deutschfreunde“ und „Deutschfeinde“, einzuteilen. Deutschland war nie der Rabel der Welt, ist es nach dem Kriege weniger als zuvor, und für die anderen Völker ist ihr Verhältnis zu Deutschland nur ein größerer oder kleinerer Bruchteil ihrer allgemeinen Politik. Das Verhältnis Amerikas zu Deutschland wird davon abhängen, wie die Interessen der beiden Länder zusammenstimmen.

Es gibt eine Minderheit in Amerika, die ein starkes Gefühl hat für das Unrecht, das Deutschland durch den Frieden von Versailles nicht mit Americas Willen, aber doch mit seiner Hilfe ansetzen worden ist. Aber diese Minderheit wird die öffentliche Meinung nur dann beeinflussen können, wenn infolge einer Ueberstimmung der Interessen die Verhältnisse für sie günstig sind. Wir brauchen Americas Hilfe, werden sie aber nur erhalten, wenn drüben das Vertrauen besteht, daß sich die deutsche Wirtschaft, sei es unter welchem System immer, wieder kräftig aufwärts entwickeln wird. Vor Sozialisierungen werden die amerikanischen Kapitalisten nicht erschrecken, dazu fühlen sie sich zu stark und ist Deutschland zu weit, aber sie werden sich stets fragen, ob Deutschland ein zahlungsfähiger und zahlungswilliger Kunde ist.

Somit nach der Novemberrevolution besuchte ein amerikanischer Vertreter den damaligen Volksbeauftragten Haase. Und da war es interessant zu sehen, wie dieser Häuptling der unabhängigen Führer dem Amerikaner versicherte: Deutschland werde keine Enteignungen ohne Entschädigung vornehmen und keine Anleihen für nichtig erklären. Er wünschte, daß jene Sorte von „Sozialismus“, die erst alles kaputtwirtschaften will, bevor sie mit dem Staatsvolkskapital beginnt, für Deutschland auch weltpolitisch eine Lebensgefahr bedeuten würde.

Deutschland war vor dem Krieg der drittgrößte Industriestaat der Welt, aber der einzige Industriestaat, in dem der Sozialismus schon eine Macht geworden war. In Amerika, dem größten, dessen Stellung durch den Ausgang des Krieges noch erhöht worden ist, befindet sich die sozialistische Bewegung erst in ihren Anfängen, sie wird sich dort, aller Wahrscheinlichkeit nach, ähnlich wie in England, erst aus der starken Gesellschaftsbewegung heraus allmählich entwickeln. Der amerikanische Kapitalismus ist eine Tatsache, vielleicht die stärkste Tatsache der Welt, und mag sie einem auch nicht gefallen, so muß man doch mit ihr rechnen.

Auf der anderen Seite ist Amerika eine demokratisch-liberalistische Republik wie wir. Es leben dort drüben Millionen Deutsche, die ihrem alten Vaterlande einen desto besseren Dienst erweisen, je mehr sie sich als Freunde des neuen republikanischen Deutschland fühlen, das den gleichen Pflichten dauernder Völkerverbrüderung auftritt wie der moralisch am höchsten stehende Teil des Amerikanertums. Sie können Brücken schlagen und das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika günstig gestalten helfen unter der Präsidentschaft Harding's, der weder ein Freund noch ein Feind der Deutschen, sondern ein „hundertprozentiger Amerikaner“ ist.

### Harding's Wahl — Separatfrieden mit Deutschland.

Wash., 3. November. (Reuters.) Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses haben die demokratischen Führer allgemein die Ansicht geäußert, daß diese Entscheidung einem Separatfrieden zwischen Amerika und Deutschland gleichkommt und die Völkerverbrüderung vollkommen sabotiert.

### Harding's Rekordziele.

New York, 3. November. (Reuters.) Die einkaufenden Wahlergebnisse weisen darauf hin, daß Harding eine bisher noch nicht dagewesene Mehrheit erzielt hat.

Wash., 2. November. (W.T.B.) Die republikanischen Wähler schätzen die von Harding erreichte Mehrheit auf 400 000 Stimmen.

Wash., 3. November. (W.T.B.) Um 2 Uhr nachts waren nach der Veröffentlichung der „Daily Mail“ folgende Ergebnisse der Präsidentschaftswahl in Nordamerika bekannt: für Harding wurden gewählt: Im State New York 45 Delegierte, in Massachusetts 18, in Illinois 20, in Vermont 4, in Michigan 15, in Connecticut 7, in Ohio 25, in New Jersey 14, in Pennsylvania 38, in Indiana 15 und in Wisconsin 13, im ganzen also 222 Delegierte. Für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox wurden gewählt: Im

## Bücher-Konsumgenossenschaften.

Wir geben der folgenden Erörterung einer wichtigen Konsumgenossenschaftsfrage gern Raum, ohne die entgegenstehenden Einwände zu unterschätzen. Die Red.

Bei den Erörterungen der Bücherfrage ist der genossenschaftliche Gedanke kaum einmal in Erwägung gezogen worden; und doch ist die genossenschaftliche Selbsthilfe vielleicht die erste Möglichkeit, um die unerschwinglichen Preisen der Bücher wieder zu erschwinglichen Preisen mit Büchern versehen zu können. Der Buchhändler mag gerne geltend machen, daß Bücher immerhin noch eine verhältnismäßig billige Ware sind und daß sie, wenn sie mit dem Sinken der Bücherpreise und der allgemeinen Preissteigerung Schritt gehalten hätten, heute das Mehrfache statt das Fünftel kosten müßten. Demgegenüber überbleibt zu bedenken, daß das Preisniveau der Allgemeinheit durchaus nicht so unbedeutend ist, wie sich manche Leute gerne glauben machen möchten, und daß eben darum das Buch, das für das kulturelle Leben soviel bedeutet wie die Kohle für das wirtschaftliche Leben, unter allen Umständen wohlfeil sein muß. Ein Reklamendruck kostet heute 150 M., ein Einzelbandchen 300 M., ein kleiner Roman 450 M., ein brauner 750 M. usw. Eine auch für die „Leute im Oberhaus“ wohl leistungswertige Kautschukmaschine wie das „Reichsrecht“ eines Philosophen vom Grafen Sperling kostet (durchaus nicht sehr kostspielig ausgedrückt) nicht weniger als 144 M. Von jedem verkauften Buch erhält der Verleger einmal 30 bis 45 Proz. Rabatt, außerdem einen besonderen Sortimentsrabatt von 20 Proz. Wenn also ein Käufer für ein Buch z. B. 12 M. zahlt, so steckt allein der Mann hinter dem Ladentisch davon 6 M. bzw. 6,75 M. in die eigene Tasche. Von den übrigen 7 M. bekommt derjenige, den das Geschäft am meisten angeht, nämlich der Verfasser, durchschnittlich 1 M. (10 Proz. vom Ladenpreis), der Rest bleibt dem Verleger. An den Verteilungskosten sind schließlich in vorerwähnter Weise die Papierfabrikanten mit unerschöpflichen Gewinnen beteiligt.

Gelänge es einmal einem bestimmten Teil der Bücherkäufer, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß für sich den verlorenen Rabatt des Sortiments ganz auszuscheiden und das Buch aus dem Lager des Verlegers direkt dem Publikum zuzuführen, so würde sich damit der Preis sofort um mindestens ein Drittel verringern. Eine eigene Organisation braucht nicht vollkommen neu geschaffen zu werden, da die bestehenden fröhlichen Organisationen, soweit sie sozialkulturellen Zwecken dienen, nur zu einer Interessengemeinschaft mit einer gemeinsamen Spitze zusammenzufassen wären, z. B. die Volkshilfs- und Volkshochschulverbände, die Gewerkschaften, der Dürerbund, der neue Bund der Erneuerung in wirtschaftlicher Sittlichkeit und Verantwortung usw. Da der reguläre Buchhandel dem Verleger, der die Bücher genossenschaftlich zu beliefern geneigt wäre, natürlich ohne weiteres mit dem Buch sofort antworten würde und die Verleger andererseits bedingungslos in der besten Buchhandelsorganisation festgelegt sind, so ergäbe sich für die Genossenschaft die Notwendigkeit, auch die Geschäfte des Verlegers selbst zu übernehmen und einen eigenen Verlag zu gründen. Damit würde der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ebenfalls verkürzt, und die Kosten, die auf das einzelne Buch entfallen, würden weiterhin verringert.

Staat Michigan 30 Delegierte, in Texas 20, in Virginia 1, in Kentucky 8 und in Tennessee 12. Im ganzen also 61 Delegierte. Das Ergebnis kann aber noch wesentlich beeinflusst werden, da 531 Delegierte zu wählen sind.

### Die ersten Ansprachen und Interdicts.

New York, 3. November. (W.T.B.) Nach Bekanntwerden seiner Wahl zum Präsidenten erwiderte Harding auf seinem Balkon und hielt, zu Tränen gerührt, folgende Ansprache: Ich habe gemeinsam mit Ihnen gearbeitet und habe mich immer bemüht, Ihnen gegenüber mit vollständiger Ehrenhaftigkeit zu handeln; wenn das Schicksal mich nun zum Präsidenten bestimmt, so wünsche ich gegenüber allen Völkern ein loyales Verhalten einzuschlagen.

Columbus (Ohio), 3. November. (W.T.B.) In einem Interdict w betreffend die Wahlergebnisse sagte Harding, er lege sein Gefühl des Triumphes, sondern bitte Gott, daß er ihm viel Kraft geben möge, die ihm anvertraute Aufgabe zu lösen. Er betrachte seine Wahl nicht als persönlichen Sieg, sondern als einen Ruf der Nation an die republikanische Partei.

## Irland im Oberhaus.

London, 3. November. Im Oberhaus verlangte Lord Loreburn die Aufnahme einer Untersuchung über die Repressalien der englischen Truppen in Irland. Der Erzbischof von Canterbury verurteilte die Repressalien und forderte die Regierung auf, zu deren Unterdrückung größere Energie aufzubringen als bisher. Curzon verteidigte die Haltung der Regierung, indem er ausführte, in Irland arbeite eine verbrecherische zügellose Verschwörung mit Witten, die den öffentlichen Frieden zu untergraben suche. Bei den sogenannten Repressalien seitens der Truppen und Polizisten handele es sich um Selbstverteidigung oder um den Versuch, Verbrecher zu verhaften. Willkürliche Raubüberfälle würden von der Regierung verurteilt und nach Möglichkeit verhindert. Der von Lord Grey ausgegangene Vorschlag betreffend die Selbstregierung von Irland sei gefährlich und bellagenwert. Asquith, der Irland ein eigenes Heer und eine eigene Flotte habe geben wollen, solle nicht vergessen, daß gerade unter seiner Regierung eine Verschwörung zwischen Deutschland und Irland angezettelt worden sei. Später unter Lord George sei ein gleicher Versuch ausgedacht worden, aber mißlungen. Die Kontrolle über Heer und Flotte werde Sache des Reichsparlaments sein. Es sei Irland gestattet, Zölle und Einkommensteuer zu erheben. Bisher sei noch von jeder Homestead-Bill gesagt worden, sie sei unpopulär. Jedenfalls sei zu erwarten, daß über der Regierungsbörse zustimmen werde.

Das Haus verwarf mit 44 gegen 13 Stimmen den Antrag Loreburn's. Das Haus verlangte die vollständige Autonomie Irlands unter Vorbehalt der Kontrolle der Armees und der auswärtigen Angelegenheiten durch das britische Parlament.

## Polens deutscher Wagenpark.

Cyppeln, 8. November. Seitens der Interalliierten Kommission sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Ostpreußen erhoben worden, die Polen in Verbindung mit den Kohlen- und anderen Transporten erhalten hatte, aber bisher für eigene und sogar für militärische Zwecke benutzte. Die Interalliierte Kommission verließ diesen Vorstellungen dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfalle die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte. Die jetzige zeitweilige Einstellung des Personenverkehrs in Polen wird in Zusammenhang gebracht mit der Freimachung von Weichen für den Radtransport der deutschen Güterwagen.

Rückkehr König Konstantin auf den Thron? Aus Athen melden die „Times“: In Griechenland sind ernsthafte Besprechungen über die mögliche Rückkehr Konstantin's auf den Thron eröffnet worden.

Für den Verlag, der — als Unternehmen einer zwar kulturell gleichgerichteten, aber in sich verschiedentlich zusammengesetzten Interessengemeinschaft — politisch neutral sein müßte, können selbstverständlich nur Werke von sicherem Bestand und positiver Bedeutung Wert in Betracht. Berücksichtigungen der Art, wie sie in den verschiedenen vollständigen Wörterbüchern enthalten sind: in Reclams Universalwörterbuch der Inselbücher, Hesses Volksbüchern, den Wiesbadener Volksbüchern, den Angewandten-Bänden, das Natur und Geisteswelt, Sammlung Wöckler, Wissenschaft und Bildung, Kränzers Taschenbüchern, Kosmos-Bänden usw. Nicht zuletzt populär-wissenschaftliche Literatur. Aber auch Werke zeitgenössischer Dichter können von der Genossenschaft verlangt werden, vielleicht als besondere Volksausgabe neben einer Leichterzugabe, die gleichzeitig in einem anderen Verlag erscheint. Damit wäre auch den lebenden Schriftstellern außerordentlich geholfen, und es könnte so auf genossenschaftlichem Wege aus dem Buche heraus ein monumentales Kulturwerk zustande kommen. Es ist nicht einzusehen, warum ein Unternehmen auf so breiter Grundlage nicht bestehen sollte, da doch ein einzelner privater Unternehmer wie Reclam im Laufe der Jahre allein über 6000 verschiedene Nummern und die Inselbücher in kurzer Zeit über eine Million Bände absetzen konnten — gewiß nicht unter Opfer. Ansätze in ähnlicher Richtung, wenn auch von anderen Voraussetzungen ausgehend, sind schon gemacht durch die Deutsche Lichter-Gesellschaft, den Volksverband der Buchfreunde u. a. Die Genossenschaft könnte allmählich noch weiter ausgebaut werden. Sie könnte z. B. die gesamte Herstellung ihrer Bücher selbst übernehmen, zu gelegener Zeit auch die Papierfabrikation.

Vielleicht geben diese Zeilen weiteren Kreisen Veranlassung, die praktische Durchführbarkeit des Planes im einzelnen einmal ins Auge zu fassen. C. D.

Nur Erwachsene spielen! Während man bisher gewohnt war, das Spiel für eine spezifische Beschäftigung des Kindes zu halten, tritt der englische Pädagoge Richard Dollan mit der überraschenden Behauptung hervor, daß nur Erwachsene spielen, während das Kind das Spiel nicht kennt. „Spielen ist das Reichen des Erwachsenen, nicht das der Kinder“, sagt er. „Das Kind spielt nicht; ihm ist es heilig ernst mit allem, was es tut. Die älteren Leute aber spielen; sie spielen mit den Kindern, die Kinder nicht mit ihnen. Was dem Erwachsenen Spiel ist, ist dem Kinde ernste Arbeit, mag es sich dabei um das Bauen mit Holzklöppeln oder um „Ausziehen mit Pferden“ handeln. Das Kind ist für den Augenblick der wirkliche Erbauer eines Hauses, und wenn man sagt, das Kind spiele mit dem Pausen, so trägt der Erwachsene in seine Tätigkeit eine dem Kinde völlig fremde Vorstellung. Von dem Begriff Spiel ist der Begriff Arbeit, der seine Ergänzung und sein Gegenpol ist, nicht zu trennen. Erst wer wirklich arbeitet und Werte schafft, bedarf zur Erholung des Spiels, bedarf der gewöhnlichen Beschäftigung mit Dingen, die ihn von seiner gewöhnlichen Tätigkeit ablenken. Aus diesem Grunde ist das Spiel für den Erwachsenen unbedingt notwendig, nicht für das kleine Kind, das die ernste Arbeit noch nicht kennt. Spiel bringt in die Welt jene Stimmung des Romantischen und Unerwarteten, ohne die der Mensch nicht leben kann. In seiner höchsten und schönsten Form offenbart sich diese Spielstimmung in der Kunst.“

## Putschgerüchte in Magdeburg.

Magdeburg, 3. November. (Eigener Drohtbericht des „Vorwärts“) Die Magdeburger „Volkstimme“ teilt mit, daß ihr im Laufe des Vormittags von verschiedenen Seiten Nachrichten zugegangen sind, die darauf hinweisen, daß von reaktionärer Seite Ende dieser Woche ein Aufstand in Szene gesetzt werden soll. Sie veröffentlicht dazu ausgedehnte in Schreien der Technischen Rothhilfe an die pensionierten Lokomotivführer, Zugführer und sonstigen Eisenbahnbeamten, die aufgearbeitet werden, sich der Technischen Rothhilfe zur Verfügung zu stellen, um den Eisenbahnverkehr ausrechtzuhalten. Die Beamten würden aufgefordert, soweit sie eigene Waffen besitzen, diese mitzubringen.

Es erscheint notwendig, angesichts dieser neuen Putschgerüchte an die Beamten zu erinnern, die wir in der letzten Morgenausgabe an die Putschnachricht aus Hamburg angeschlossen. Die Arbeiterschaft muß jeden Augenblick bereit sein, in geschlossener Kampffront jeden Putsch abzuwehren. Sie darf sich aber keineswegs durch das häufige Auftreten von alarmierenden Gerüchten kopfschüttelnd und vertrauenslos machen lassen. Mehr wie je gilt heute das Wort: Bereit sein ist alles!

## „Land Oberschlesien“.

Ueber den im Reichsrat zurzeit vorliegenden Gesetzentwurf über das „Land Oberschlesien“ erzählt die „Dema“: Nach dem Entwurf soll die Abstimung darüber, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll, innerhalb zweier Monate stattfinden, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung wieder übernommen haben werden. Es wird in Betracht zu ziehen sein, daß die Abstimung in Oberschlesien laut Friedensvertrag nicht später als 18 Monate nach dem Austritt des Internationalen Ausschusses vorzunehmen ist. Die Entscheidung über die Abgrenzung des Deutschen Reichs gegen Polen haben sich die Alliierten im Vertrage vorbehalten. Sind die Grenzlinien festgelegt, so wird der Internationale Ausschuss alsbald die Verwaltung der besetzten Gebiete wieder den deutschen Behörden übertragen. Das Verfahren bei der Abstimung soll nach dem Beschluß über den Volksentscheid erfolgen, das bis dahin voraussichtlich in Kraft getreten sein wird. Falls die Frage der Umbildung der Provinz Oberschlesien in ein selbständiges deutsches Land von der Bevölkerung bejaht wird, so soll das Land unverzüglich gebildet werden, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Zunächst ist zur Landesversammlung zu wählen, die binnen drei Monaten zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesverfassung einberufen werden soll. Die Bestimmungen des Art. 17 Abs. 1 der Reichsverfassung sind hierfür maßgebend. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag. Die Verfassunggebende Landesversammlung beruft zunächst auf Grund ihrer Parteiverhältnisse eine parlamentarische Regierung und arbeitet eine provisorische Verfassung aus. Bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Landesregierung werden die Obliegenheiten der Regierung vom Oberpräsidenten in Person wahrzunehmen. Die ober-schlesische Staatsangehörigkeit muß neu geschaffen werden. Ueber den am Tage der Umbildung des Landes dort ansässigen Reichsangehörigen sollen aber auch die dort geborenen Reichsangehörigen in den neuen Staatsverband eintraten können, falls sie innerhalb eines Jahres in dem Sinne sich erklären. Die Erklärung gilt auch für ihre Familienangehörigen.

Rußlandfreundliche Aktion in Frankreich. Der Allgemeine Arbeiterverband (G.A.) die sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte haben sich zu einer Propaganda zugunsten der Einlösung der russischen Freiheiten gegen Rußland und zur Wiederherstellung des Friedens im Orient vereinigt.

Die belgische Regierung ist akut. König Albert ist von seiner mehrtägigen Reise nach Südamerika wieder in Brüssel eingetroffen. Er hatte eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Delacroix, der das Rücktrittsgeheiß des Gesamtministeriums unterbreitete.

Das neue Reichsarchiv in Potsdam. Dieser Tage tritt in Berlin zum ersten Male die Historische Kommission zusammen, die für das in Potsdam zu errichtende neue Reichsarchiv eingesetzt ist. Das Potsdamer Archiv ist bestimmt, die Akten der Reichsämter zu vereinigen und den Mittelpunkt für die Erschließung und Sicherung der Reichsgeschichte von 1807 an zu bilden. Der zunächst in Potsdam befindliche Grundstock ist das frühere Archiv des Großen Generalstabes. Für das neue Reichsarchiv sind 63 höhere Beamtenstellen vorgesehen. Präsident ist ein früherer bayerischer Oberst. (Sehr republikanisch sieht diese Einrichtung nicht gerade aus und 53 höhere Beamte dürften selbst für ein reiches Deutschland zu viel sein.)

Eine Münchhausen-Kovolle läßt Wilhelm Weigand soeben bei Georg Müller-München in einem neuen Kovelband „Frauenbuch“ erscheinen. Als Münchhausen einmal einem ungläubigen Besucher in der Praxis vorführen will, wie man auf einer Nonneninsel fliegen kann, landet diese Kugel verheerend in Hammel. Dort kommt Münchhausen gerade an, als Rogatz eine himmlische Kammermusik dirigiert. Der Baron erhebt von Petrus die Erlaubnis, nachdem nach der Erde zurückzukehren, um zur Höheren Bevölkerung dieser Kammermusik sein berühmtes türkisches Horn zu blasen. Auf der Erde wird Münchhausen dann in neue langwierige Abenteuer verwickelt, die Wilhelm Weigand mit der fröhlichen Weise des epischen Dichters erzählt, der noch für die Kovolle Zeit hat.

Theater. An der Staatsoper werden die für den 4. und 5. ursprünglich angelegten Vorstellungen nach vor Beginn des Vorverkaufes erklärt werden. Es wird also am 4. mit „Paolino“ „Kaiser Soubart“ und am 5. mit „Hinterland“ „Palerina“ gegeben.

Bühnenchronik. Das Deutsche Opernhaus hat als Balletmeisterin Stella Decege verpflichtet.

Die neue Goethe-Gesellschaft hat ihren ersten Goethekongress am 8. November im Harmonium-Saal, Singener Straße 35, ab. Albert Ulrich spricht über das Thema: „Goethe als Führer der Revolution“ mit besonderem Bezug auf die politischen Symbole der klassischen Walpurgisnacht. Zutritt für Jedermann frei.

Die erste Gewerbeversammlung der Stadtregierung will jetzt das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt anrufen, läßt an der Zahl. Die häufige Angelegenheit der Gewerbeämter heißt man sich an zurechtfinden Stelle so, daß sie von je einem örtlich und technisch ausgebildeten Beamten ausgedrückt wird.

Feuerbestattung und Naturwissenschaft. Die Novembernummer der „Blätter“ enthält einen Aufsatz, durch den die von Prof. Salfer gegen die Feuerbestattung angeführten naturwissenschaftlichen Gründe gerichtet werden, sowohl dem wissenschaftlichen wie dem philosophischen Standpunkt aus als gründliche widerlegt werden. Interessant stellt der Bericht über Feuerbestattung, S. 11, Anhalt. 6, Sonderabdruck kostenfrei zur Verfügung.

Eine Eiche für 20 000 Mark. Eine gewaltige Eiche, ein wahrer Stolz unserer Wälder, ist vor kurzem an eine Holzhandlung in Gellefeld verkauft worden. Der Baum, der in Rebbeck im Reichsforsthandlung hatte einen Umfang von 4 Meter und ein Gewicht von 200 Zentner. Bei 12 Meter Länge betrug der Durchmesser noch 1,30 Meter, 20 000 M. wurden dafür gezahlt.

Deutsche Musik in Amerika. Am Carnegie Hall, dem größten Konzertsaal New Yorks, erklang am 7. Oktober zum erstenmal wieder seit Jahren das deutsche Lied. Und das Publikum erwies sich nicht als dieses Jahresmüde.





W  
Friedrichstr. 100a  
Ode-Platz

Welpinger Str. 113  
Ode-Platz

Winftr. 1  
Ode-Platz

SO  
Oranienstr. 44  
mit dem Woch- u.  
Oranienplatz

N  
Friedrichstr. 106  
Ode-Platz

Amalienstr. 164  
Ode-Platz

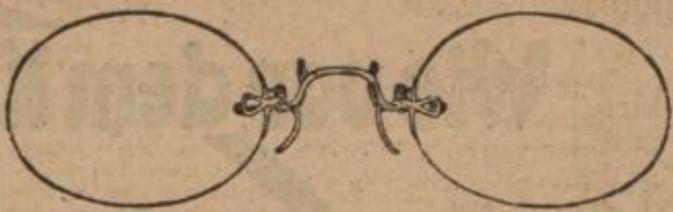
Amalienstr. 117  
am Stettiner Hof

Wasserkstr. 72  
nahe Wasserturm

Schönhauser  
Str. 81  
am Hof-Parcours

S  
Kollwitz  
Damm 10  
nahe Warenhaus  
Jandorf

NW  
Friedrichstr. 150  
Ode-Platz



# Dieser Kneifer aus Gold-Double Jetzt nur M. 10<sup>50</sup> Mit Gläsern M. 18<sup>50</sup> mit Menisken 29<sup>50</sup>, dazu ein Jahr Garantie für die Fassung.

Optiker K. hat gesagt: Ich wende mich an den gesunden Menschenverstand! Ich spreche hier von Preisen! Diese halte ich heutzutage für die größte Wichtigkeit bei Anschaffung von Augengläsern sowohl wie bei jedem anderen Einkauf!

Wes and. obgleich auch wichtig genug, tritt in den Hintergrund gegenüber dem Gegenwert, den Sie für Ihr Geld erhalten.

Sie werden früher gute Verwendung haben für die M. 10.-, 20.- oder 40.-, die Sie sparen, indem Sie Ihre Augengläser bei uns kaufen.

Es gibt kein Radikal, wie es auch keinen aber wie teuer es auch immer sein möge, das Ihnen wirklich mehr leisten kann als unsere Augengläser, ganz zu schweigen von den Vorzügen unserer patentierten Saniflex-Gläser, die, solange das Patent besteht, nicht nachgemacht werden dürfen.

### Reifenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für dessen Gültigkeit sowie für Haltbarkeit aller Details für ein bis drei Jahre, d. h. so lange erhalten Sie alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Kontakt-, Schilb- und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

Für die Wichtigkeit des guten Passens der Augengläser, des korrekten Sitzes vor den Augen und des bestmöglichen Aussehens haben wir in den nunmehr bald 25 Jahren

unserer Selbstständigkeit als Vorkämpfer und Vordröcker gewirkt. So sehr sind uns diese Grundzüge in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir Ihnen einfach gar keine Augengläser verschreiben können, die Sie nicht vollkommen befriedigen würden. Aber täten wir es dennoch, so würde unsere große Garantie uns bald mehr kosten, als wir überhaupt einnehmen. Denn sie lautet einfach auf „Zufriedenheit“.

Und trotz alledem wissen wir: die Frage nach gutem Sitz und gutem Passen der Augengläser muß heute für die allermeisten zurücktreten hinter der Frage, für möglichst wenig Geld gute Ware zu erhalten.

Darum haben wir uns entschlossen, ohne Minderung unserer Garantie, als unter voller Aufrechterhaltung aller Vorteile, die wir bisher Ihnen zu bieten vermögen, zu nachstehenden billigen Preisen zu verkaufen. Wenden Sie sich durch das Steigen der Goldpreise auch das Gold teurer geworden, so daß wir schon genötigt waren, die Preise für echte Gold-Kneifer und -Brillen wieder etwas zu erhöhen. Warten Sie also nicht mit Ihrem Besuch so lange, bis auch die Preise für Gold-Double erhöht werden müssen oder bis auch echtes Gold noch teurer wird.

Ausführung	Ohne Ein- fassung	Kneifer ohne Ein- fassung	Kneifer mit Ein- fassung	Beilagen
Rüchel und Har-nidel		6 — 8 50	12 — 15 —	6 — 10 — 15 —
Gold-Double	1 Jahr	10 50	18 —	16 — 20 —
	2 Jahre	22 —	28 —	27 — 31 —
	3 Jahre	38 —	48 —	38 — 45 —
Echt Gold, 14 karätig	4 Jahre	174 —	181 —	36 — 43 — 58 —
				320 — 340 — 320 —

Horbrillen von M. 30.— an. Moderne Bergbrillen, Silber, von M. 25.— an. Gold-Double von M. 82.— an.

Gläser werden extra berechnet, und zwar das Paar: Kneifer ohne Einfassung M. 19.—, die selben aus gutem Saniflex Glas M. 27.—. Alle Preise sind netto. — Reparaturen werden schnell, gut und preiswert ausgeführt.

SW  
Belle-Alliance-  
Straße 4  
nahe Jandorf

C  
Spittelmarkt  
nahe Wasserturm

Wasserkstr. 72  
nahe Wasserturm

O  
Friedrichstr.  
106  
nahe Wasserturm

Charlottenburg:  
Friedrichstr. 15  
nahe Wasserturm

Amalienstr. 164  
nahe Wasserturm

Amalienstr. 117  
nahe Wasserturm

Wasserkstr. 72  
nahe Wasserturm

Schönhauser  
Str. 81  
nahe Wasserturm

S  
Kollwitz  
Damm 10  
nahe Warenhaus  
Jandorf

NW  
Friedrichstr. 150  
nahe Wasserturm



Stimmung, Denken, Tätigkeit, sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn. Mattigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung, Nervenschwäche und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelnder Lebenskraft. Wollen Sie sich munter fühlen, mit klarem Kopfe und kräftigem Gemüthe, wollen Sie Arbeit und Strapazen als Vergnügen empfinden, so nehmen Sie

## Kola-Dultz,

es bringt Lebenslust und Talkraft.

Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang täglich, es wird Ihre Nerven erfrischen, Unlust wird verschwinden und unter seinem Einfluß werden Sie von Unternehmungslust erfüllt sein.

### Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt biete ich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nervenkraft zu beleben. Schreiben Sie mir eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse, und ich sende Ihnen sofort umsonst und portofrei eine Probe Kola-Dultz, groß genug, um Ihnen gut zu tun und um Sie in die Lage zu versetzen, seine wundervolle Kraft zu würdigen.

Wenn es Ihnen gefällt, können Sie durch jede Apotheke mehr beziehen. Schreiben Sie aber wegen der Gratisprobe sofort, ehe Sie es vergessen, direkt an E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A. 321, Friedrichstr. 19. Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben.

**Lötzing, Zinn, Blei**  
Spezialität: Lötung mit Zinn, auch schweißbares Blei- oder Zinnblei, zu erhaltend billigen Preisen. Verkauf 2-6. W. Wollf, Gärtnersstr. 17. Verkauf 9-8 ammerstr. 118

**Damen-Konfektion!**  
Spezialität: Kleider mit feinem, tauglichem Stoff, aber billigen Preisen. Verkauf 2-6. W. Wollf, Gärtnersstr. 17. Verkauf 9-8 ammerstr. 118

# Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Bergstr. 29. Verkauf an Jedermann. Gedönet 8-6 Uhr.

## Sieben Serien-Tage

von Sonnabend, den 30. Oktober bis Sonnabend, den 6. November

Serie I	Serie II	Serie III
Anzüge . . . . . 130.—	Anzüge . . . . . 375.—	Anzüge . . . . . 550.—
Ulster . . . . . 150.—	Ulster . . . . . 250.—	Ulster . . . . . 385.—
Hosen . . . . . 65.—	Hosen . . . . . 90.—	Hosen . . . . . 125.—
Kostüme . . . . . 125.—	Kostüme . . . . . 235.—	Kostüme . . . . . 435.—
Röcke . . . . . 52.50	Röcke . . . . . 59.—	Röcke . . . . . 75.—
Ulster, Damen . . . . . 148.50	Ulster, Damen . . . . . 275.—	Ulster, Damen . . . . . 385.—
Mädchen-Beinkleider . . . . . 27.50	Damen-Schlüpfer . . . . . 38.25	Damen-Reform-Beinkl. . . . . 42.—
je nach Größe an	je nach Größe an	je nach Größe an
Kinder-Sweater . . . . . 15.50	Berren-Trikot-Hemden . . . . . 45.50	Berren-Trikot-Hemden . . . . . 57.50
Kinder-Trikots . . . . . 8.95	Kinder-Trikots . . . . . 12.50	Kinder-Trikots . . . . . 14.95
Socken . . . . . 6.90	Socken . . . . . 8.50	Socken . . . . . 9.65
Damen-Fußlinge . . . . . 4.85	Damen-Strümpfe . . . . . 19.85	Damen-Strümpfe . . . . . 21.50
Herren-Stiefel . . . . . 115.—	Herren-Stiefel . . . . . 135.—	Herren-Stiefel . . . . . 160.—
Damen-Stiefel . . . . . 110.—	Damen-Stiefel . . . . . 135.—	Damen-Stiefel . . . . . 155.—
Kinder-Stiefel . . . . . 37.50	Kinder-Stiefel . . . . . 45.—	Burschen-Stiefel . . . . . 80.—
bis Größe 30	Größe 31 bis 35	

**Schuhbesohlung** prompt und billigst auf Wunsch innerhalb 24 Std.

**Zelt 4 Spezialausstände der Zelt 3**  
Friedrichstr. 100 bis 1200  
für Versammlungen und Festlichkeiten, 100-500 Personen fassend, mit Theaterbühne, unter günstigen Bedingungen zu vergeben. — Jeden Sonntag nach freier! Im oberen Saal: Offentlicher Tanz.

**Kapitän-Kautabak**  
wieder erhältlich in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannte Verkaufsstelle  
G. Röder, Berlin, Lichtensberger Str. 22. Königl. 3861

**Stellengesuche**

**Suche**

für einen 30-jährig. tüchtigen Parteigenossen, der von der Revolution bis Ende März 1919 als Vertreter der Arbeiterschaft bei dem Kreiswirtschaftsrat in Hattendorf O.-S. amtiert hat, ähnliche Stellung. Zu näheren Einzelheiten bereit.

Staatsminister von Reichsamt, Mitglied des Reichsrats. Neustadt.

### Stellenangebote

**Tüchtige Verkäuferinnen**  
für  
**Handschuhe Strümpfe Trikotagen**  
sollt gesucht.  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.  
**A. Jandorf & Co.,**  
Brunnenstraße 10-21.

**Tüchtige Kontoristinnen,**  
die gut rechnen können, sofort gesucht.  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.  
**A. Jandorf & Co.,**  
Belle-Alliance-Straße 1/2.

**Tüchtige Verkäufer**  
und  
**Verkäuferinnen**  
für  
**Kleiderstoffe**  
sollt gesucht.  
Meldungen: 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.  
**A. Jandorf & Co.,**  
Belle-Alliance-Straße 1/2.

**Autoschlaffer**  
zur tüchtigen, fleißigen, mit allen vorst. Arbeiten vers. (per. Ein- stellen in August u. September, m. gut. Fragn. verlangt) sofort  
Schuber, Reichenbergerstr. 118

Sollten. tücht. Kleinmädchen oder ein. Stütze bei ein. oder Dame sofort ab. 15. November. Quer. Frau. Ullrich 42.8. Hardas, Wilm. Ullrichstr. 11.



# Sozialdemokratie und Agrarier.

Die Richtlinien der Agrarpolitik, die auf dem Kasseler Parteitag zur Annahme gelangt sind, scheinen mir ihren Klaren, vernünftigen, eine gesunde Fortentwicklung der deutschen Landwirtschaft gewährleistenden Forderungen der Agrarier schwer im Magen zu liegen. Die Deutsche Tageszeitung widmet diesen Richtlinien, die sie fälschlicherweise „Agrarprogramm“ nennt, zwei langatmige Aufsätze. Dabei passiert ihr das Unglück, daß sie die ganze Wucht ihrer Angriffe in der Hauptsache gegen zwei Punkte richtet, die überhaupt nicht in den Richtlinien enthalten sind! Einmal bekämpft sie die Forderung einer Sozialisierung des Grundstücksverkehrs. Diese fand sich allerdings in dem ursprünglichen Entwurf der Richtlinien, wurde aber bei der nochmaligen Durcharbeitung aus wohlverstandenen Gründen fallen gelassen. Die Kasseler Beschlüsse verlangen nur, daß die Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz zu unterbinden, und daß der Handel mit solchen Grundstücken unter Staatsaufsicht zu stellen sei. Also Kampf gegen den Bodenwucher und die Güterspekulation — damit waren, früher wenigstens, auch die Agrarier durchaus einverstanden.

Rechtlich steht es mit dem zweiten Punkte. Die „Deutsche Tageszeitung“ will glauben machen, die Kasseler Agrarrichtlinien verlangten die Sozialisierung „um die Landwirtschaft herum“, das heißt die Sozialisierung der vielerlei kleinen und feinsten Handwerksbetriebe, die für den Landwirt arbeiten. Davon ist natürlich nicht die Rede. Unsere Richtlinien enthalten lediglich die Forderung, daß die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen und Betriebsmaterialien, vor allem der künstlichen Düngemittel und der Kohlen zu sozialisieren seien. Das ist ganz etwas anderes, als was die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern aufstülzt. Sie würde gut tun, zunächst immer festzustellen, was wirklich beschlossen worden ist, bevor sie Behauptungen aufstellt, mit denen sie auf die ländliche Wählerchaft Eindruck zu machen hofft!

Mit Ausnahme dieser beiden Punkte, bei denen das agrarische Organ einen so gründlichen Reinsfall erlebt, hat die „Deutsche Tageszeitung“, wie man mit Ueberraschung feststellen kann, grundsätzliches gegen unsere Richtlinien nicht einzuwenden. Nur nimmt sie bei Einzel- und unserer Forderungen die Vaterschaft für ihre konservativen Freunde in Anspruch. Die „Tageszeitung“ irrt — zwischen dem konservativen und dem sozialistischen Agrarprogramm steht auch da, wo die beiderseitigen Forderungen sich scheinbar decken, weiter nichts als eine Weltanschauung: der kapitalistischen Profitgier der Agrarier stellen wir die ausgleichende Arbeit des Sozialismus für das Wohl aller Schichten des Volkes und ihre Erlösung vom Fluche des Kapitalismus entgegen. Das ist der Sinn unseres Agrarprogramms!

## Deutschnationale Lügenhefte.

Daraus, daß der „Vorwärts“ gestern die in Hamburg verbreiteten Gerüchte von einem Rechtsputsch mit allen Vorbehalten wiedergegeben hat, macht die „Deutsche Zeitung“ folgendes:

Täglich predigen die Führer der sozialdemokratischen Parteien aller Länder den Kampf und den Kampf bis aufs Messer gegen die bürgerliche Staatsordnung. Offen wird zum Bürgerkrieg gehetzt. . . Nun kommt natürlich alles darauf an, den Kampf zu verhindern und die Organe der Ordnung und des Rechts zu lähmen, und da bekanntlich der Dieb die beste Garde ist, so unterstellt man kurzerhand den ordnungsliebenden Elementen Putschabsichten. Der „Vorwärts“ tritt für die Diktatur der Straße ein, unter Aufsicht und Richtung von Recht und Gesetz.

So schreibt das deutschnationale Organ, das den Anyp-Putsch als „Deutschen Vorstößling“ feierte. Wie es einst mit Mühen zum äußeren Krieg gehetzt hat, heizt es heute mit Mühen zum inneren. Das ist keine Antwort auf unseren Putsch, die rechtsstehende Presse möge ihre Anhänger vor Unbesonnenheiten warnen.

## Die Sehnsucht nach der U.S.P.

### Die Kommunisten vertragen sich.

Im Mittelpunkt der gestrigen K.P.D.-Tagung stand Brandlers Rede über „Betriebsräte, politische Arbeiterräte und Arbeitslosenfrage“. Nach Verlesung eines Begrüßungsprogramms der italienischen kommunistischen Partei führte Brandler aus:

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918, der der Arbeiterschaft die Erfüllung einer Anzahl ihrer wichtigsten Forderungen brachte, hätten weder Betriebsräte noch Arbeiterräte im geringsten daran gedacht, an die Besitzverhältnisse der Produktion selbst heranzugehen. Die Einstellung auf die Sozialisierung der Verwertung der gezeigten die ganze Kleinbürgerliche Auffassung, die immer nur rückwärts, aber nicht vorwärts blickt. Eine wirkliche Revolution gehe stappweise den Schritt zu Schritt vorwärts und philosophiere erst hinterher. Brandler kam dann nach langen Ausführungen auf den Kampf der politischen Arbeiterräte gegen die Wiederherstellung der Macht des Bürgertums zu sprechen und erklärte: Sedering verbietet die Organe der Diktatur auf der Regierung. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Macht hat im Proletariat den festen Willen hervorzurufen, seinerseits die kapitalistische Macht zu brechen. Das Problem der Arbeitslosigkeit, des Kernpunktes unserer Wirtschaft, ist nur durch Sprengung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu lösen. Denn das Kapital kann heute seine eigenen Sklaven nicht mehr ernähren. Selbst die Sozialdemokraten sind heute zu der Erkenntnis gekommen, daß die Arbeiter die Produktion kontrollieren müssen. Aber — und das ist bezeichnend — zusammen mit den Unternehmern. Wir dagegen sagen: Die Kontrolle der Produktion kann nicht mit, sondern nur gegen das Unternehmertum durchgeführt werden. Keine Tonne Kohle darf gefördert, transportiert und der Industrie zugeführt werden, ohne daß die Betriebsräte darum wissen. Weder Truppen noch Munition dürfen auf der Eisenbahn und auf den Wasserwegen transportiert werden. Die Luxus- und Spielwarenindustrie muß aufhören, vor allem aber muß die Waffen- und Munitionsherstellung unterbunden werden. Allerdings, wenn wir die politische Macht erobert haben, werden wir auch wieder Waffen und Munition herstellen, um die politische Macht behalten zu können. Die K.P.D. muß schärfsten Kampf gegen die Paromnieuselei der Gewerkschaften führen. Die kommunistischen Betriebsräte müssen in die freien Gewerkschaften hinein, um gegen die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaucratie zu kämpfen.

Unter ähnlichem Beschluß sollte dann der Korrespondent Pichler der Versammlung mit, daß die Armee Brangels völlig geschlagen sei. Die Versammlung erhob sich spontan von den Plätzen und sang den ersten Vers der Internationalen. Es wird beschlossen, ein Schwunzschloßgramm an die Rote Armee zu senden

mit dem Gelübde, der Rote Armee Kätterslands bald die mächtige Rote Armee einer deutschen Räterepublik an die Seite zu stellen, um den Bourgeoisien der Westländer die Spitze zu bieten.

Dann wurde in die

### Ausdrücke

über das Referat Brandlers eingetreten. — Thomas-München verlangt mehr Broschürenpropaganda — Sedek: Dieser Parteitag philosophiert zuviel. Bei diesen kommenden Wirtschaftskämpfen werden die Dillferding und Scheidemann das größte Hindernis sein.

Zu Beginn der Nachmittagsstunde wurde beschlossen, das Referat Handke: „Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparslamenten“ aus Zeitmangel von der Tagesordnung abzuhängen. Nach Verlesung eines Begrüßungsprogramms der kommunistischen Partei Deutsch-Böhmens und nach Mitteilung eines Beschlusses des Kongresses der sozialistischen Jugend in der Tschechoslowakei, sich der kommunistischen Jugendzentrale anzuschließen, wurde in der Aussprache über das Referat Brandlers fortgesetzt.

Dawell schlägt Anschluß der sozialistischen Arbeiterunion an die K.P.D. vor.

Gesetz Berlin: Es wird in nächster Zeit in Berlin eine Aktion gegen die Unternehmerrabotte eingeleitet werden und die Genossen im Reich müssen diese Aktion aufmerksam verfolgen. Rued-Württemberg: Ich bin nicht der Ansicht, daß in der Partei keine Gegensätze bestehen. Ich glaube vielmehr, daß sie bei einer Aktion, die sehr schnell offenbar werden wird, schwere politische Folgen nach sich ziehen können. Nach meiner Ansicht wird das Proletariat nur aus den schwersten wirtschaftlichen Notizen heraus sich zum Entscheidungskampf entschließen müssen.

### Es ist gefährlich.

in solchem Maße den Betriebsräten die Leitung einer solchen Aktion zu übertragen. Beim Generalstreik in Barmen hat es sich gezeigt, daß die Betriebsräte, denen die Leitung des Generalstreiks übertragen war, der Situation nicht gewachsen waren.

Schütz-Berlin: Wir müssen die Propaganda aufs Land hinaus unter die Landarbeiter tragen. Dort haben wir fast gar keine Stütze. Die Schließung der Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen herstellen, ist nicht nur ein Verbrechen an der deutschen Landwirtschaft, sondern vor allem an unseren russischen Brüdern, die zum Wiederaufbau dringend dieser Maschinen bedürfen.

In einem Begrüßungsprogramm der dänischen Kommunisten, das zur Verlesung gelangt, wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den dänischen Vertretern die Erlaubnis zur Einreise verweigert habe. (Stürmische Plurim.)

Walcher (Zentrale der K.P.D.): Unsere Partei ist zu wenig elafisch, um aus den gegebenen Verhältnissen jedesmal Herausgehören, was sich herausheben läßt.

Dann erhielt Brandler das Schlusswort. Er sagte u. a.: Wir werden

### aus den Kleinbauern keine revolutionäre Quantgarbe

machen können, aber wir können sie wenigstens neutralisieren. Die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess ist keine Frage der Reformen, sondern der Kampf um die Macht. Die Arbeitslosen müssen von den Unternehmern eine Unterstützung in voller Lohnhöhe erhalten. Es ist Aufgabe der gesamten Berliner Metallarbeiter in den Kampf für die Arbeitslosen einzutreten. Und wenn das nicht hilft, müssen Eisenbahner und Bergleute in den Kampf einbezogen werden. Die Gewerkschaftspropaganda „Sozialisierung mit den Unternehmern“ ist der neue Bürgerkriegswind der Gewerkschaftsbureaucratie. (Stürmischer Beifall.)

Es werden dann die von Brandler vorgelegten Richtlinien über die Betriebsräte und die Leitfrage für die politischen Arbeiterräte einstimmig angenommen.

Dasferbe geschah mit zwei Resolutionen zur Arbeitslosenfrage und zur Forderung der Vorfrage.

Der Redakteur der „Domb. Komm. Ztg.“ Dr. Karl Gulert wurde aus der Partei ausgeschlossen, da er verlangt hätte, die Massen darüber aufzuklären, daß der Kapitalismus absolut nicht im Reform begriffen, sondern noch durchaus gefählich sei.

In seinem Schlusswort äußerte sich: Im Dezember wird die Vereinigung mit den Mitgliedern der U.S.P. stattfinden. Der Vorvertrag wird daher nicht geschlossen, sondern nur verhandelt.

## Arbeitslosigkeit und Siedlungsfrage.

Im Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung wurde ein sozialdemokratischer Antrag um Anforderung von Mitteln in einem Nachtragshaushalt für Inangriffnahme von Siedlungsarbeiten zur Gewinnung fruchtbarer Ackerlandes und gleichzeitig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen. Für diese Arbeiten schlägt der Antrag die Rodarbeiten vor: Rodarbeiten vor. Auch ein anderer Antrag der Sozialdemokraten auf staatliche Bewirtschaftung derjenigen staatlichen Domänen, die dazu geeignet sind, fand Annahme; ebenso stimmte der Ausschuss einem Antrag der Deutschnationalen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu, nach dem die Landesversammlung ersucht, daß die Domänenverwaltung für die nächsten Jahre gegebenenfalls eine auf eine längere Dauer von Jahren bezogene Verlängerung der laufenden Pachtverträge vornimmt, bei der eine im Interesse des Staates erforderliche Erhöhung des Pachtzinses eintritt.

Der Ausschuss befaßte sich ferner mit dem Haushalt der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Polen. Dabei kam es zu einer langen Aussprache über ein neues polnisches Gesetz nach dem alle in der Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluss abgeschlossenen Verträge der Ansiedlungskommissionen als nichtig erklärt werden und die Siedler gezwungen werden können, ihre Siedlungen ohne Entschädigung zu verlassen. Praktisch ist das Gesetz bisher noch nicht angewandt worden. Der Regierung wurde aber aufgetragen, bei den Verhandlungen mit Polen dieses Gesetz besonders zu berücksichtigen und die Rechte der in die polnische Staatsbürgerschaft übergegangenen Ansiedler mit allen Mitteln zu wahren. Ein dahingehender deutschnationaler Antrag fand einstimmige Annahme. Ebenso wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, der verlangt, daß den aus Polen zurückkehrenden Ansiedlern möglichst schnell wieder zu einer Ansiedlung in Deutschland verholfen wird.

Beleidigungsprozess gegen die „Deutsche Tageszeitung“. Am Dienstag fand vor dem Schöffengericht Moabit der Prozeß des Leinwandschweiger gegen den Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Baeder, wegen Beleidigung statt. Nach mehrstündiger Verhandlung erfolgte das Urteil, das Baeder wegen Beleidigung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung hat in der „Deutschen Tageszeitung“ und dem „Vorwärts“ zu erfolgen.

Die Reittage des Offizierskorps. Der außerordentlich hohe Etat der Reichswehr ist im Reichstag vom Genossen Schöpflin mit Recht einer eingehenden Kritik unterzogen worden. Ramentlich der hohe Pferdeetat wurde gerügt. Jetzt erfahren wir, wofür diese Pferde gebraucht werden. Im Jauerischen Tageblatt Nr. 248 vom 21. Oktober sind in „Wir einen längeren Bericht über „Die zweite Reittage des Offizierskorps unseres Bataillons.“ Nach dem Bericht hat die erste Reittage genau eine Woche vorher stattgefunden. Eine dritte Reittage hat nach 238 der gleichen Zeitung vom 27. Oktober am Mittwoch, den 27. Oktober, stattgefunden. Also währendlich eine Reittage. — Und der Finanzminister Dr. Wirth zerbricht sich den Kopf, wo gespart werden könnte!

# Wirtschaft

## Kündigung des Genossenschaftsgesetzes.

Auf der Generalversammlung des Berliner Konsumvereins, der 184 000 Mitglieder hat, ist der Beschluß gefaßt worden, zu beantragen, daß das Genossenschaftsgesetz geändert und das Delegatensystem erlaubt wird. Auch soll es den Genossenschaften freigestellt werden, die Verhältnisse selbst einzuführen. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Reichsjustizminister baldigst dieser Frage nähertritt.

## Düngerkreidite.

Auf der Oktober-Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gab Sch. Reg.-Rat Prof. Dr. Caro ein überblickendes Bild von dem Umfang der Stickstoffproduktion, die er auf 270 000 Tonnen berechnet, die aber gegen den Friedensstand wegen der ausbleibenden Kraftfuttermittelaufuhr um 100 000 Tonnen zurückbliebe. Trotzdem sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, unter Berücksichtigung der Weltverhältnisse bei vollständig freier Wirtschaft einen kleinen Bruchteil auszuführen und so eine unangenehm durchgreifende Verbilligung des deutschen Kunstdüngers zu ermöglichen. Auch sei die Düngemittelindustrie von dem Verstreben erfüllt, eine Kreditorganisation zu schaffen, die es dem Landwirt ermöglichen soll, den Stickstoff erst dann zu bezahlen, wenn ihm seine Ernteeinnahmen aus der Ernte zustoßen.

Wir können nur wünschen, daß die geplante Kreditorganisation nicht bald ins Leben tritt, denn nicht allein auf die Erzeugung von Dünger kommt es an, sondern darauf, daß er auch tatsächlich in den Boden hineingekommt wird. Davor scheuen sich aber viele Landwirte.

## Mahllose Aktienläufe.

Im Sprechsaal des „Börsen-Kurier“ findet sich folgende interessante Einblendung: Von der Stollwerck A.-G. Köln existieren 7 Millionen Vorzugsaktien und 9 Millionen Stammaktien. An der letzten Börse sind nur die Vorzugsaktien eingeführt und notierten am 28. d. M., obwohl dieselben nur 6 Proz. Dividende erhalten und jederzeit von der Gesellschaft mit einjähriger Kündigungsfrist à 120 Proz. zurückgekauft werden können, 210 Proz. Diese Kursanomalie ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß das Publikum mahllos im Kurse niedrig stehende Aktien kauft, ohne sich über die tatsächlichen Grundlagen genau zu informieren. Offenbar geben sich die Käufer der rührigsten Hoffnung hin, daß diese Aktien aus der amerikanischen Beteiligung großen Nutzen ziehen würden. Diese Beteiligung kommt aber nur den Stammaktien, die an der Börse nicht eingeführt sind, zugute. Im Falle einer Kündigung, die immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt, würden also die jetzigen Käufer der 6 Proz. à 120 Proz. rückgekauften Vorzugsaktien einen empfindlichen Verlust von 80 Proz. erleiden.

Gewinnbeteiligung. Vor kurzem ist ein Fall bekannt geworden, in dem die bereits durchgeführte Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Gewinn ihres Unternehmens nachträglich wieder aufgehoben wurde. Bemerkenswert sind Ausführungen, welche der Generaldirektor Reulenberg in der Generalversammlung der Phoenix A.-G. für Bergbau und Zementbetrieb machte. Bei etwa 44 000 Arbeitern und Beamten würden bei einem Anteil von 20 Proz. der verteilten Dividende auf den einzelnen im Durchschnitt kaum 100 M. entfallen. Durch eingehende Untersuchungen sei festgestellt, daß die bisherigen praktischen Versuche einer Gewinnbeteiligung nur für einzelne kleine Werke mit großem Umsatz sich eingemessen bewährt haben, aber zu einer Uebertragung auf das ganze Wirtschaftsleben nicht ermutigen. Als einzig gangbarer Weg, den Arbeitern und Angestellten eine Kapitalbeteiligung am Unternehmen zu geben, glaubte man die Einführung der Aktienaktien für einen gewissen Bruchteil des Aktienkapitals empfehlen zu sollen.

Gemäßigung des Kautschukpreises für Kriegsanleihen. Die Reichsanleihe A.-G. hat ihren Kautschukpreis für 50prozentige Reichsanleihen auf denjenigen Kurs, zu dem die nicht selbst gegenanete Reichsanleihe auf das Reichsnoteopfer in Zahlung genommen wird, d. h. auf 77,5 Proz. herabgesetzt. In die Wahrung gemacht worden ist, daß der bisherige höhere Kurs in steigendem Maße an Liquidationsoperationen Anlaß gegeben hat.

Anzahlsabgabe von Kriegsanleihen zum Nennwert. Die Entziehung des Reichsnoteopfers ist, wie der Reichsfinanzminister in Beantwortung einer Anfrage der Abg. Dr. Hugenberg und Dr. Reichert bestimmt hat, bis 31. März 1921 in der Weise zulässig, daß die nachweislich aus Erstattung einer Ueberzahlung auf die Kriegsanleihe vom Vermögenszuwachs bestehende Schuldbuchforderungen oder Sparganweisungen zum Vorzugskurs des § 48, Abs. 1 R.O.G. in Zahlung gegeben werden können. Ebenso kann der Steuerpflichtige, der einen über seine Steuerpflicht hinausgehenden Betrag seiner Schuldbuchforderungen hat übertragen lassen, unter Zurückgabe der Uebertragungsbescheinigung beanspruchen, daß der Betrag nurmehr auf das Konto der Reichsanleihe für das Reichsnoteopfer übertragen und zum Vorzugskurs auf das Reichsnoteopfer in Zahlung genommen wird.

Abschluß der B. G. W. Die Berliner Elektrizitätswerke weisen für das Geschäftsjahr 1919/20 einen Reingewinn von 5 788 987 M. gegen 4 781 745 M. im Vorjahr auf und brinoren eine Dividende von 10 Proz. gegen 8 (10, 8, 7 Proz. in den Jahren 1917/18—1919/18) Proz. im Vorjahr auf die Stammaktien der auf den 29. November anberaumten G.-V. in Potsdam.

Quombestmühle A.-G. in Berlin. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Wiederum bestand unsere Haupttätigkeit in der Vermahlung von Roggen, Weizen und Gerste für Mehlung der Reichsgetreidestelle. Nebenbei wurde etwas Hafer für fremde Mehlung vermahlen. Die überwiesenen Mengen erreichten nicht die vorjährige Höhe und gestatteten nicht die volle Ausnutzung unserer Werke. Die neue inländische Ernte ist noch allen uns zugegangenen Verichten sehr klein ausgefallen. Die Ablieferungen sind schwach, auch die Quanta zu lassen viel zu wünschen übrig, so daß mit einer noch geringeren Beschäftigung für das laufende Geschäftsjahr zu rechnen ist, wenn und nicht erhebliche Mengen von ausländischem Getreide überwiesen werden. Die Entlohnung der Mühlen seitens der Reichsgetreidestelle hat infolgedessen eine Herabsetzung erfahren, als Vergütungen für Ueberlieferung mehr nicht mehr bezahlt werden. Diese Vergütungen sind in den Mahlohn einberechnet, jedoch so wahren diese unter Berücksichtigung der erhöhten Löhne und Gehälter und der wiederum neuem Kohlenpreise keinen Ausgleich. Vor kurzer Zeit ist die Entlohnung von Mais freigegeben worden. Wir beabsichtigen die Vermahlung dieses Artikels für eigene Rechnung vorzunehmen und hoffen bei der großen Annehmlichkeit der Arbeit auf regelmäßigen Absatz der herzustellenden Fabrikate. Der Abschluß erzielt einen Reingewinn von 2 578 878 M. (246 450 M.), Dividende 12 Proz. (10 Proz.).

Die Schmelzwärker W. m. b. H. in Briesen (Mark) wurde mit einem Kapital von 1 225 000 M. errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Werkzeugen und ähnlichen Artikeln, von Maschinen und Maschinenteilen und Kleinzeugen. An dem Unternehmen ist die A.-G. Deutscher Eisenhandel in Berlin beteiligt.

## Wohrrüben als Pferdefutter.

Der unermessliche Preis von 160 M. pro Zentner an Wohrrüben, die keinen Hafer anbauen, wie zum Beispiel der Gärtner, Wohrrüben zu verfrachten. Wir erhalten auf Cap. einen Rotruf, da die Wohrrüben dort seit 15. August feiner, d. h. es sei denn zu Suberdrillen erhalten. Die Erzeuger liefern zu den festgesetzten Preisen nicht ab. Was denkt die Regierung dagegen zu tun?

